



STEFINGERS WOCHEN

Neues von Dr. Wolfgang Stefinger, MdB

Ausgabe 3/2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaft befindet sich weiter im Aufwind, so das Ergebnis des Jahreswirtschaftsberichts 2017, der in diesen Tag in Berlin vorgestellt wurde. Mehr zu diesen positiven Nachrichten erfahren Sie in der neuen Ausgabe von **STEFINGERS WOCHEN**.

In dieser Woche hat CSU-Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller (CSU) **Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika** vorgestellt. Klimawandel, Unterernährung, fragile Staatlichkeit, Kriege und Flucht betreffen Europa unmittelbar und erfordern neue Wege in der Entwicklungspolitik. Wir müssen in Afrika verstärkt eine eigenverantwortlich gestaltete nachhaltige Entwicklung fördern und auch die Chancen nutzen, die der riesige Kontinent bietet. Gemeinsam mit afrikanischen Partnern, Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie interessierten Bürgern sollen die Vorschläge und Lösungsansätze des BMZ weiterentwickelt werden. Die BMZ-Eckpunkte finden Sie [hier](#).

Am Dienstag fand zu Ehren des verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ein Staatsakt im Berliner Dom statt. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft nahmen daran teil, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Mit Herzog verliert Deutschland eine herausragende politische Persönlichkeit. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts hat in seiner Zeit als Staatsoberhaupt wichtige gesellschaftspolitische Debatten angestoßen und war ein unermüdlicher Mahner für Reformen. Seine kluge Weitsicht, sein besonnenes Auftreten und sein wertvoller Rat werden uns fehlen!

Die SPD hat das Geheimnis um ihren Kanzlerkandidaten endlich gelüftet: Martin Schulz soll's also richten, die SPD aus dem 20-Prozent-Tief führen und zu stärksten politischen Kraft in Deutschland machen. Der ehemalige Präsident des Europaparlaments wird neuer SPD-Chef und Kanzlerkandidat und tritt damit an die Stelle von Vizekanzler Sigmar Gabriel, der künftig den Posten des Außenministers übernimmt. Eine geordnete Staffelübergabe sieht anders aus! Doch für was steht Schulz eigentlich? In der Bundespolitik ist er ein weitgehend unbeschriebenes Blatt – nicht gerade die besten Voraussetzungen in Zeiten, in denen Deutschland und Europa vor enormen Herausforderungen stehen. Steht er für Innere Sicherheit? Will er die Flüchtlingszahlen begrenzen oder Grenzen öffnen? Im Europaparlament hat er einen Vorgeschmack gegeben, wie er sich Europa vorstellt. Wer allen Ernstes die Vergemeinschaftung von Schulden fordert, muss von allen guten Geistern verlassen sein. Ich sage ganz klar: Nein zu einer solchen politischen Geisterfahrt! Und wer wie Schulz immerzu über soziale Ungleichheit und Umverteilung diskutiert, muss sich klarmachen, dass der Wohlstand, der verteilt wird, auch erwirtschaftet werden muss. Grundlage für soziale Gerechtigkeit bleibt eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Dass die unionsgeführte Bundesregierung hier vieles richtig gemacht hat, zeigt der neue Jahreswirtschaftsbericht, den ich Ihnen im Folgenden vorstellen möchte.

Mit besten Grüßen aus Berlin,

STEFINGERS WOCHEN

Seite 1 von 4

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Telefon (030) 227-73230
Wahlkreis München-Ost | Am Eicherhof 16 | 81929 München | Telefon (089) 41424500

wolfgang.stefinger@bundestag.de | www.wolfgang-stefinger.de



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Auch der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht belegt eindrucksvoll: Das deutsche Wirtschaftswachstum ist so stark wie seit Jahren nicht mehr. Er bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (6,1 Prozent), die Beschäftigung auf einem Höchststand. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich voraussichtlich nochmals um 320.000 auf mehr als 43,8 Mio. Menschen erhöhen. Die Arbeitslosenquote dürfte bei rund 6 Prozent liegen. Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. CDU und CSU haben mit Nachdruck auf eine solide Haushaltsführung gedrängt und diese auch durchgesetzt. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken. Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Das Geld muss schneller in die Straße, ins Breitband und in die Kindergärten kommen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen.

Haushaltsüberschüsse auch für Schuldentilgung verwenden!

Den Haushaltsüberschuss 2016 in Höhe von 6,2 Mrd. Euro wollen wir aber aus Gründen der Generationengerechtigkeit – anders als die SPD – zur Tilgung von Schulden zu verwenden. Die SPD blockiert dieses Vorhaben im Haushaltsausschuss. Sie würde Geld stets gerne mit beiden Händen ausgeben, ohne dabei auf die Einnahmeseite und die Schuldentilgung zu achten. Das ist nicht unbedingt eine verantwortungsvolle und weit-sichtige Politik! Gibt es keine Einigung, fließt das Geld automatisch in die Rücklage für Flüchtlingskosten. Aktuell beträgt das Finanzpolster 12,8 Mrd. Euro. Der

SPD-Vorwurf, man investiere nicht genug, ist nicht stichhaltig, denn in den letzten Jahren haben wir erhebliche Investitionen getätigt, etwa zum Ausbau der Infrastruktur und in Bildung und Forschung.

Protektionismus schadet allen!

Eine Volkswirtschaft wie Deutschland braucht offene Märkte und freien Handel – das gilt auch für unsere europäischen Partner und Nordamerika. Der Trend zum Protektionismus, der in einigen Teilen der Welt zu spüren ist, etwa bei der neuen US-Regierung oder im Zusammenhang mit dem EU-Austritt Großbritanniens, führt ins Leere. Importzölle und ein „Nein“ zu Freihandelsabkommen sind keine Option – Protektionismus schadet allen! Die Bundesregierung setzt sich deshalb für eine faire Ausgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein. Ihre G20-Präsidentschaft in diesem Jahr wird sie daher auch dazu nutzen, eine Diskussion zu den Chancen und Risiken der Globalisierung anzustoßen. Die aktuellen protektionistischen Tendenzen bergen aber auch Chancen für die deutsche Wirtschaft, denn es eröffnen sich neue Perspektiven mit Staaten, die ebenfalls wie Deutschland auf freien und fairen Handel setzen.

Kommunen weiter stärken!

Deutschlands Kommunen tragen den größten Anteil der öffentlichen Investitionen. In dieser Legislaturperiode hat die Bundesregierung umfangreiche Entlastungen für Länder und Kommunen auf den Weg gebracht. Allein die wichtigsten Entlastungen von Kommunen und Ländern durch den Bund summieren sich auf ca. 79 Mrd. Euro. Das betrifft insbesondere die Unterstützung der Kommunen bei den Sozialausgaben, etwa die vollständige Erstattung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Beteiligung beim Kita-Ausbau oder an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Arbeitsuchende. Außerdem unterstützt der Bund Kommunen im ländlichen Raum beim Ausbau der Breitbandversorgung. Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen werden die Länder weiter entlastet.

Fazit

Unser Land befindet sich wirtschaftlich auf Erfolgskurs. Trotz neuer Herausforderungen durch die Globalisierung und die schwierige Lage in einigen Teilen der Welt gilt: Wilde Umverteilungsfantasien, wie sie von Linken gerne artikuliert werden, führen zu nichts. Stattdessen muss es unser Ziel sein, unseren Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu stärken.



Gruppe der Staatlichen Berufsschule München-Riem zu Besuch im Bundestag



In dieser Woche hat eine Gruppe Schüler der Staatlichen Berufsschule für Landwirtschaft den Bundestag besucht, um sich über die Arbeitsweise des Parlaments und aktuelle politische Themen, darunter v.a. aus der Landwirtschaft zu informieren. Gemeinsam mit meinem CSU-Landesgruppenkollegen Dr. Andreas Lenz habe ich gerne Rede und Antwort gestanden.

Gespräch mit dem Bischof von Banja Luka Dr. Franjo Komarica zur Lage der Christen auf dem Balkan



Sie sind die größte verfolgte Religionsgruppe der Welt: Christen: Vor zwei Wochen hat Open Doors seinen alljährlichen Verfolgungsindex für 2017 veröffentlicht. Ergebnis: Die Christenverfolgung nimmt weltweit erheblich zu, die gefährlichsten Länder für Christen sind Nordkorea, Somalia und Afghanistan. Weithin unbekannt ist, dass auch in Bosnien-Herzegowina die Lage der katholischen Christen überaus brisant ist. Als Minderheit werden die Katholiken dort von orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken bedrängt. Über die aktuelle Situation in diesem Land hat mich diese Woche der Bischof von Banja Luka, Dr. Franjo Komarica, in meinem Bundestagsbüro informiert. Begleitet wurde er vom Journalisten Wilhelm Gburek.

30 Jahre Erasmus-Programm – eine Erfolgsgeschichte

Eine europäische Erfolgsgeschichte hat diese Tage ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert: Das Studentenaustausch-Programm „Erasmus“, benannt nach dem berühmten Gelehrten Erasmus von Rotterdam. Viele von Ihnen werden es kennen oder haben vielleicht sogar selbst daran teilgenommen. Seit seinem Gründungsjahr 1987 haben mehrere Millionen junge Akademiker von dem Austauschprogramm profitiert und an Universitäten innerhalb Europas studieren können. Seit 2014 sind alle von der EU-geförderten Austausch- und Bildungsprogramme im **neuen Programm „Erasmus+“** zusammengefasst. Bis 2020 will die EU damit mehr als vier Mio. Menschen fördern. Dafür ist ein Budget von 14,8 Mrd. Euro vorgesehen. Erasmus hat eine ganze Generation Europäer geprägt und die Bildungsmobilität massiv befördert. Wissenschaft lebt vom Austausch! Ich wünsche mir daher sehr, dass der Austausch mit den Briten auch nach deren EU-Austritt weitergeführt werden kann!

Ideenpapier der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung: Wichtige Impulse für Wahljahr und Koalitionsverhandlungen 2017

Nach intensiven Beratungen hat die AG Bildung und Forschung der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** in dieser Woche ihr Ideenpapier „Starke Forschung und Bildung für Deutschlands Zukunft“ vorgestellt. Es umfasst ein Bündel konkreter Maßnahmen und Weichenstellungen, um Deutschland durch gute Forschung und Bildung auch künftig weiter zu stärken. Ohne das kann unser Land die vielen Herausforderungen, die sich uns auch künftig stellen werden, nicht schultern. Deutschland als rohstoffarmes Land braucht kluge Köpfe, wenn es in der globalen Wissensgesellschaft weiter eine führende Rolle spielen will. Forschung und Bildung sind die Grundlage für Innovation. Und die Innovationskraft unserer Wirtschaft ist die Voraussetzung für unseren Wohlstand von morgen.

Wie gewährleisten wir gute Bildungswege, die den individuellen Bedürfnissen und Talenten entsprechen? Wie bringen wir unseren starken Forschungs- und Wissenschaftsstandort weiter nach vorne? Wie können wir Volks- und Infektionskrankheiten effektiver bekämpfen? Welche Möglichkeiten gibt es, ältere und pflegebedürftige Menschen besser versorgen zu können? Wie können wir die Chancen der Digitalisierung optimal für unsere Gesellschaft und Wirtschaft nutzen?



Was kann man gegen den Klimawandel tun? Wie kann Integration gelingen? Und wie können wir uns wirksamer vor Hackerangriffen schützen? Auf all diese wichtigen Fragen wollen wir Antworten finden. Dazu brauchen wir eine starke Forschung und Bildung!

Die Union hat auf diesen Feldern seit 2005 Einzigartiges geleistet: Der Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums wurde um über 130% gesteigert! Die Jugendarbeitslosigkeit wurde spürbar gesenkt, der Bildungsstand der Bevölkerung erhöht. Der Ausbildungsmarkt ist so gut wie lange nicht für Bewerber. Unser Land ist einer der attraktivsten und aktivsten Forschungs- und Entwicklungsstandorte weltweit. Diesen Erfolgskurs wollen wir fortführen.

Zukunftsthemen weiter voranbringen!

Auch die von mir betreuten Fachthemen stehen hoch oben auf der Agenda: Die Weiterentwicklung der außeruniversitären Forschungsorganisationen, die Digitalisierung der Wirtschaft, Sicherheitsforschung zum Schutz vor Katastrophen, Unfällen, Kriminalität und Terror, aber auch Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Nanotechnologie und 3D-Druck.

... und wofür stehen die anderen Parteien?

Keine andere der im Bundestag vertretenen Parteien hat bisher ein eigenes Konzept vorgelegt und so detailliert aufgezeigt, wie sie Bildung und Forschung in unserem Land weiter voranbringen will. Die SPD und insbesondere die Opposition stehen bisher für Fördermaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip, konzeptionslose Gleichmacherei und inhaltsleere Rechtsansprüche. Wir hingegen stehen für: Starke Forschung und Innovation, Exzellenz- und Breitenförderung an Hochschulen, individuelle Bildungschancen und Bildungswege, verlässliche budgetäre Aufwüchse und Innovationsfähigkeit. Und noch etwas ist uns wichtig: Bildung an Schulen und Hochschulen ist Ländersache. Das soll auch so bleiben! Aus gutem Grund zählt Bayern hier bundesweit zur Spitzengruppe. Wer aber wie die SPD ständig versucht, das Föderalismusprinzip auszuhöhlen und nichts Besseres weiß, als vom Bund stetig mehr Geld zu fordern und klare Verantwortlichkeiten scheut, der bringt unser Land keineswegs weiter voran!

Einen kurzen Bericht über das Ideenpapier finden Sie auf der Internetseite des Tagesspiegels. Klicken Sie dazu [hier!](#)

Zeitumstellung endlich abschaffen!

Darüber habe ich bereits im Frühjahr [auf meiner Homepage](#) berichtet: Über die Frage nach dem Nutzen der Sommerzeit. Am Dienstag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zur Neuregelung der Zeitumstellung beschlossen. Darin fordern wir die EU-Kommission auf, einen Vorschlag zur Änderung der geltenden Richtlinie zur Regelung der Sommerzeit vorzulegen mit dem Ziel, die Zeitumstellung abzuschaffen und gleichzeitig eine Neuregelung für ein weiterhin dauerhaftes einheitliches Zeitregime in Europa zu treffen. Es hat sich nämlich gezeigt: Die möglichen oder tatsächlichen Energieeinsparungen durch die geltende Zeitumstellung sind laut einer [Studie des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag](#) allenfalls minimal oder sogar ganz zu vernachlässigen. Auch ein gesamtwirtschaftlicher Nutzen ist nicht nachweisbar. Außerdem kann die Anpassung an die Zeitumstellung manchen Menschen gesundheitliche Probleme bereiten. Mit unseren Forderungen liegen wir auf einer Linie mit den Parteitagebeschlüssen von CDU (2014) und CSU (2013). Brüssel muss nun handeln!

TERMINE

NEUJAHRSEMPFANG DES STADTBEZIRKS BERG AM LAIM

28. Januar, 17:00 Uhr, Pfarrsaal St. Michael

NEUJAHRSEMPFANG DES SV NEUPERLACH

29. Januar 2017, 10:30 Uhr, Staudinger Str. 20

NEUJAHRSEMPFANG DES GEHÖRLOSENZENTRUMS MÜNCHEN UND UMLAND

29. Januar 2017, 14:00 Uhr, Lohengrinstr. 11

NEUJAHRSEMPFANG DES CSU KV III MIT STAATSMINISTER MARKUS SÖDER, MDL

30. Januar, 18:30 Uhr, Residenz München

NEUJAHRSEMPFANG DER CSU MÜNCHEN-OST MIT LANDTAGSPRÄSIDENTIN BARBARA STAMM, MDL

30. Januar, 19:00 Uhr, MVG-Museum, Ständlerstraße

NEUJAHRSEMPFANG DER SENIOREN-UNION KV III MIT CSU-GENERALSEKRETÄR ANDREAS SCHEUER

2. Februar, 11:00 Uhr, Franz Josef Strauß-Haus

DON BOSCO-FEST

3. Februar, 18:00 Uhr, Pfarrei St. Wolfgang, Haidhausen

WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

12./13. Februar, Berlin

